

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: P 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 10 Uhr bis 17 Uhr. Erscheint täglich außer Montags
Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr. Tel.-Adresse: Rote Fahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Deutscher Reichsbank. Vereinfachte Zeitungsverlage, G.m.b.H.
Postfachkonto Berlin NW 278 78

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Anzeigenpreis: Die 10-spaltige Normalzeile 70 Pf. Arbeiterorganisations- und Familienanzeigen: 40 Pf. Kleine Anzeigen: 20 Pf. Belegblätter: 50 Pf. Arbeitsmarkt: 30 Pf.
Korrespondenten: Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: P 1. Berolina 5481, 1930.

Schließt die proletarische Einheitsfront gegen Faschismus und Hungertatastrophe!

Schließt euch um das Banner Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs — SPD.-Arbeiter, die Kommunisten reichen euch die Hand

Aufruf eines Berliner SPD.-Funktionärs

Die „Rote Fahne“ veröffentlichte kürzlich einen Brief eines Berliner SPD.-Funktionärs. Heute ist für ihn der Tag eines weiteren Briefes dieses SPD.-Funktionärs zu veröffentlichten, der gleichzeitig einen Aufruf an alle SPD.-Arbeiter enthält. Wegen der großen Bedeutung dieses Aufrufes bringen wir ihn zum Ausdruck.
Genossen! Ich bitte euch, daß ihr meine Zuschrift in eurer Zeitung veröffentlicht. Ich bitte euch, dazu beizutragen, jüngerer Genossen auf die Einheitsfront des Proletariats, die notwendig ist, hinzuwirken.
Genossen! Aus leicht erklärlichen Gründen kann ich meiner Partei noch nicht den Rücken kehren, ist ja auch nicht notwendig, ich will dort noch versuchen zu retten, was an Genossen noch zu retten ist. Meine Gedanken gehören euch und meine Arbeit für den Sozialismus gehört euch.
Genossen, in unserem häßlichen Betrieb habe ich festgestellt, daß, wie ich, viele meiner Parteigenossen und Kollegen hin und wieder die „Rote Fahne“ lesen. Laßt mich durch eure „Rote Fahne“ zu meinen Genossen und indifferenten Kollegen sprechen. Ich habe in letzter Zeit mehrere Veranstaltungen besucht und war begeistert von eurer Stimmung und dem Sinn eurer Sache. Die Veranstaltungen meiner Partei, ganz besonders die im engeren Sinne, machen den Eindruck eines Kaffeekränzchens oder eines spießbürgerlichen Sparvereins. Dieses gefällt mir schon lange nicht.
Genossen, ihr hört noch mehr von mir, ich verlaßt mich auf folgende in eure „Rote Fahne“ ein.
Mit aufrichtigem sozialistischen Gruß!
M. S., händlicher Arbeiter.

Aufruf eines SPD.-Funktionärs Parteigenossen, Proletarier!

Als langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Friedrichshain, wende ich mich, angeekelt von den Taten unserer „Führer“, denen wir bei der Reichstagswahl unser Vertrauen schenken, auf diesem Wege an euch. Die Ereignisse der letzten Wochen im Stadtparlament und im Reichstag, die Hungerdiktatur der Brüning-Regierung, die mit Hilfe der Gewerkschaften vorgenommenen Vorkürzungen usw., haben über uns endgültig zusammengebrochen. Preisabbauschwinder haben euch zu denken gegeben.
Von unseren, durch verlogene Parolen in den Reichstags gewählt, „Genossen“, wie Müller usw., ist nur Verrat zu erwarten. Diese Herren mit ihren Kleingehältern und Gehpöbeln haben keinen Sinn für die Not des schaffenden Volkes.
Schließt auf die Sammelkämpfe und Revolven der „Parteigenossen“ Gehör und werdet die Hungerdiktatur über das notleidende schaffende Volk. Mit Abscheu und Berachtung wende ich mich ab von meiner Partei, der „völkerverfeindenden Sozialdemokratie“, und rufe euch zu:
Sammelt euch um das rote Banner zur proletarischen Einheitsfront. Die Kommunisten reichen euch die Hand zum gemeinsamen Kampf.
Kommt her ihr ausgehungerten, ausgepreßten Arbeitlosen und ihr, die ihr in unserer „herrlichen Republik“ schon mit 30 Jahren zu alt zum Arbeiten seid. Schließt euch um das Banner des wahren Sozialismus!
Besucht die kommunistischen Veranstaltungen und Versammlungen, lest die kommunistische Presse und rückt die auf, die jetzt noch nicht begriffen haben, warum es geht.
Genossen, ich als ehrlicher Sozialdemokrat sage euch folgendes: Wir haben mit der SPD. ein gemeinsames Ziel, nur die

Wege dorthin waren verschieden. Ich und viele andere sind auf dem Überbergung gekommen, daß der Weg der SPD. der richtige ist.
Genossen, Proletarier, wo sind wir auf dem „friedlichen Weg“ zum Sozialismus gelandet?
Gleich über Gleich kennzeichnet den Weg, den uns Müller und Weis wiesen. Dieser Weg führt uns ins Verderben und zum Faschismus.
Das sind keine Lebensarten, jeder betrachte sich mal selbst. Prolet, wie steht du? Wirst du etwas von Sozialismus nach 12 Jahren Republik? Die Sozialdemokratie hat ihre Rolle ausgespielt. Die Führer werden nur noch geduldet als Minister oder Polizeipräsidenten zur Niederhaltung des hungernden Volkes. Im Februar können auch diese gehen und dann wird der Faschismus seinen Einzug halten, wenn das Proletariat sich nicht die Einheitsfront geschlossen hat und weiter nach Müller und Weis hören.
Parteilosen, denkt an den Rapp-Putsch. Unser „Vorwärts“ schrieb damals: „Es besteht keine Gefahr die USPD. und KPD. phantasiert. Und wie es kam, wissen wir alle, hunderte Proleten aller Richtungen haben deswegen ihr Leben lassen müssen. Und die Herren, die da schreiben, es besteht keine Gefahr, wie „Genosse“ Rosie usw., waren zuerst ausgespielt. Und was ist „Genosse“ Polizeipräsident Eugen Ernst? Er stellte der Rapp-Regierung seine bewährte Kraft „zur Verfügung“.
Denkt ihr, unser Genosse, der Berliner Polizeipräsident, wird es diesmal anders machen?
Wollt ihr diesen „bemährten Führer“ weiter das Vertrauen schenken? Nein, tausendfach nein!
Genug des Volksverrats und Betruges, hinweg mit dieser Führerclique, reicht euch über die Köpfe dieser gefallenen Verräter hinweg mit den Kommunisten die Hand.
Es lebe die Einheitsfront!
Es lebe der wahre Sozialismus!
Schließt euch um das Banner Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs!
M. S., händlicher Arbeiter.
SPD.-Funktionär im Bezirk Friedrichshain.

SPD.-Sieg bei Fritz Werner, Marienfelde

Die Betriebsrätewahlen bei der Fritz Werner & Co. Marienfelde, brachten der roten Einheitsliste einen neuen Sieg, nachdem bereits im Vorjahre die rote Liste die große Mehrzahl aller Stimmen auf sich vereint hatte. Es erhielten:
Rote Einheitsliste 197 Stimmen
Reformisten 179 Stimmen
Die rote Einheitsliste wird im Arbeiterrat 8 Mandate haben, während sie in der vorjährigen Wahlperiode nur 7 Sitze hatte. Die Reformisten, die 1929 noch 4 Sitze im Arbeiterrat hatten, mußten einen Sitz an die Kandidaten der roten Einheitsliste abtreten.
Kaufhandel um die Gehälter der Bankangestellten. Ueber die Nachverhandlungen zum Schlichterspruch gegen die Bankangestellten, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattfanden, lag bei Redaktionsschluss noch kein Ergebnis vor.

Nede und Antwort

Geschrieben für SPD.-Arbeiter
Ueberzeugender als Worte sprechen Taten. Knapp vierzehn Tage sind vergangen, seit die Sozialdemokratie im Reichstag das Brüning-Programm akzeptierte und dem Diktator die Fänge ihres Vertrauens auslief. Die herrschende Klasse hat auf dieses feige Zukunftsgebot der SPD. geantwortet, wie es zu erwarten war. Einen Tag nach der Abkündigung erklärte der Abgeordnete Dingeldey, Führer der Deutschen Volkspartei, daß es jetzt an der Zeit ist, die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen. Schon werden die neuen Programme der dritten Stufe der Brüning-Diktatur entwickelt.
Nachdem Brüning bereits im Sommer mit dem Abbau des Parlamentarismus begonnen hatte, nachdem der Reichstag am 6. Dezember sich selbst den Totenschein ausstülte, will man jetzt der faschistischen Diktatur die letzten Tore öffnen. Von der Errichtung der Militärdiktatur wird schon ganz offen in der reaktionären Presse gesprochen. In immer härterem Maße wird die Rolle der Reichswehr in die Staatsrechtsdebatten der Faschisten hineingezogen. Es gibt geheime Gespräche, um die Absichten des Kreises um Hindenburg. Haben wir es heute noch mit der noch nicht ausgereiften Form der faschistischen Diktatur, mit dem Anfangsstadium einer bedrohlichen weiteren faschistischen Entwicklung zu tun, so deutet alles darauf hin, daß der große Schlag erst noch vor uns steht. Die Arbeiterklasse muß sich darauf einstellen. Eine Voraussetzung ist dazu, daß vollkommene Klarheit über die Einheitsfront der gegenwärtigen Lage besteht.
Der „Vorwärts“ schrieb am 7. Dezember: „Was in Deutschland seit dem Sommer d. J. geworden ist, das hat mit Faschismus nichts zu tun... Es ist weder eine faschistische Diktatur noch ein Zusammenbruch des Systems.“
Weil die Arbeiterorganisationen noch nicht unterdrückt sind, weil kommunistische Zeitungen noch erscheinen, weil das Streikrecht zumindest noch auf dem Papier besteht und auch das Parlament sein Scheinleben fristet, deshalb steht der „Vorwärts“ noch nichts vom Faschismus, Neben wir dabei nicht von den Demonstrationen der „Genossen“ Polizeipräsidenten. Inzwischen liegt der Aufruf der SPD., des Reichsbanners und der Gewerkschaften vor, veranlaßt durch das gewaltige heidnische Heer, aber immerhin nicht weiterführende Herbei des Rembrandt-Klubs, der den Faschismus als eine reale Gefahr einschätzt.
Dabei sehen die SPD.-Führer allerdings nur die Nationalsozialisten. Sie begreifen nicht oder wollen nicht begreifen, daß es neben dem terroristischen Faschismus bereits eine zweite faschistische Fraktion gibt, die aus dem Bunde der Demokratie hervorgegangen ist. An der Spitze dieser Fraktion steht Brüning. Für ihn ist es heute schon eine ausgemachte Sache, daß die Nazis seine künftigen Koalitionsgenossen sind. Wie kann Brüning, der morgen mit einem Fuß in einer Regierung sitzen wird, gleichzeitig der „Stegelschweiger“ der Demokratie sein, wie es von der SPD. hingestellt wurde? Welche Mittel hat die Sozialdemokratie in der Hand, um die Erweiterung der Regierung durch Nationalsozialisten zu verhindern? Keine!
Der „Vorwärts“ ist anderer Auffassung. Die jetzige Situation stellt sich für ihn nur dar als eine „Belagerung der Macht vom Reichstag zum Reichspräsidenten“. Das Rezept, um diesen Zustand zu ändern, ist ebenso einfach wie verblüffend. In demselben Artikel vom 7. Dezember schrieb der „Vorwärts“: „Das Volk braucht nur das nächste Mal vernünftiger zu wählen. Dann wird es damit den Reichstag in seine alten Rechte wieder einlegen und die Macht des Reichspräsidenten auf sein normales Maß beschränken.“
Wir fürchten für den „Vorwärts“, daß bis zu den nächsten Wahlen bereits ein anderes Wahlrecht existiert, für das ja selbst der „Vorwärts“ zu haben ist. In Bayern hat man schon die Heraussetzung des Wahlalters im Landesauswahl beschlossen. Man hat keine Ursache anzunehmen, daß Brüning nicht ebenfalls eine entsprechende Änderung der Mehrheit des Reichstags mit dem Artikel 48 zu vereweltigen bereit ist, wie bisher die einfache Mehrheit des Reichstags. Ueber solche Witzen ist die Bourgeoisie noch nie gestolpert. Aber nehmen wir theoretisch an, daß es wirklich noch einmal zu einer Wahl nach